

# LÖWEN ZAHN

Mitteilungsblatt  
der Fraktion DIE LINKE  
im Stadtrat zu Leipzig

#01  
2022

S. 5

## #keinemehr

Gedenken an Opfer  
von Femiziden



## Gedenken

100 Jahre nach  
dem Kapp-Putsch

S. 7



S. 2

## Fraktionsvorstand

Wir setzen unseren  
bewährten Weg fort



S. 6

## Maßnahmen

gegen die Stromkosten-  
explosion



**DIE LINKE.**

Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



## KURZ GESAGT!



Sören Pellmann

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

seit mehreren Wochen herrscht wieder Krieg in Europa. Wir alle sind zum einen fassungslos über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

Zum anderen zeigt sich einmal mehr, wie solidarisch wir vor allem in Leipzig mit jenen umgehen, welche aus diesem Krieg fliehen. Seit mehreren Wochen zeigen sich hunderte Leipzigerinnen und Leipziger solidarisch und unterstützen ehrenamtlich die Ankommenenden. Dabei reicht ihre Hilfe vom Angebot von Wohnraum sowie bei der Versorgung und Verpflegung über Sprach- und Dolmetscherhilfen bis hin zu Unterstützung bei der Suche nach Kita- oder Betreuungsplätzen.

In dieser schwierigen Phase ist ein wenig in den Hintergrund gerückt, dass unsere Stadtratsfraktion in diesen Tagen auch die Halbzeit der aktuellen Wahlperiode erreicht hat. Über die ersten zweieinhalb Jahre haben wir Rechenschaft und Bilanz abgelegt. Diese können Sie in der Halbjahresbilanz auf unserer Homepage oder einer Broschüre, welche im Neuen Rathaus und im Liebnecht-Haus (Braustraße 15) kostenfrei verfügbar ist, nachlesen. Mit dem Rückblick auf das bisher Erreichte wollen wir gleichzeitig unseren Blick für die Herausforderungen der Zukunft schärfen: An welchen Stellen muss nachgebessert werden? Welche Ziele müssen vielleicht neu priorisiert werden?

Die kommenden Monate werden von uns allen viel abverlangen. Neben der Situation in der Ukraine haben wir die Corona-Pandemie und ihre vor allem finanziellen Folgen zu bewältigen. Auch die Klimaretung kann nicht mehr warten.

Wir werden uns als DIE LINKE weiterhin konstruktiv für unser Leipzig einsetzen.



## WIR HABEN UNSEREN VORSTAND NEU GEWÄHLT!

Zugegeben, so neu ist der Vorstand nicht: Am 6. April hat die Fraktion in einer konstruktiven Sitzung die Mitglieder des 2019 gewählten Vorstandes in ihren Ämtern erneut bestätigt. Vorsitzender der Fraktion wird auch weiterhin Sören Pellmann sein, als seine Stellvertreter:innen wurden Franziska Riekewald und Steffen Wehmann wiedergewählt. Dr. Olga Naumov bleibt Beisitzerin.

Der Fraktionsvorstand wird turnusmäßig nach der Hälfte der aktuellen Wahlperiode gewählt. Es ist uns als Fraktion wichtig, bestehende Arbeitsweisen und -abläufe immer wieder zu hinterfragen und zu bewerten, um auch in Zukunft mit



klarem Blick das Beste aus unserer Arbeit herauszuholen. Bis zum Ende der Wahlperiode 2024 hat sich unsere Fraktion noch einige Ziele gesetzt – für ein sozial gerechtes Leipzig.

# WIR ALLE SIND GEFORDERT, HILFE ZU LEISTEN

Dass im Jahr 2022 ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg mitten in Europa möglich ist – das haben wir tatsächlich für ausgeschlossen gehalten. Es hat uns tief getroffen und überrascht, auch in unseren Grundfesten berührt. In den letzten Wochen ging es viel darum, was man persönlich tun kann, wie man auf die Situation reagiert und was diese auch für das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger, für unser Agieren konkret bedeutet. Diese Hilflosigkeit, auch diese Ratlosigkeit, führt zu der Frage: Was können wir als Leipzigerinnen und Leipziger tun? Es ist eine Situation, in der niemand die „richtige“ Antwort hat und sagen kann, welcher der richtige Weg ist. Wir alle sind gefordert, gemeinsam insbesondere humanitäre Hilfe zu leisten. Unsere Fraktion ist der Stadtverwaltung und auch dem Krisenstab, der im Rahmen der Ukraine-Hilfe entstanden ist, sehr dankbar dafür, schnell und unbürokratisch gehandelt zu haben.

Das, was

die Verwaltung innerhalb weniger Stunden und Tage geleistet hat, ist nur mit Hochachtung zu begrüßen.



Auch heute, einige Wochen später läuft nicht immer alles rund und es gibt Kritik an einzelnen Punkten, aber wir möchten auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Helferinnen und Helfern einen großen Dank aussprechen. Unsere Fraktion hat natürlich der Vorlage, ein Sonderbudget von neun Millionen Euro für die Hilfe der Menschen in der Ukraine zur Verfügung zu stellen, zugestimmt. Wir werden uns auch weiterhin nicht in den Weg

stellen, sollten erneute finanzielle Bedarfe bestehen.

Wir wünschen uns, dass die kriegerische Auseinandersetzung so schnell wie irgend möglich beendet wird. Wir wünschen uns, dass wir auch in dieser heutigen schwierigen Zeit unterschiedliche Auffassungen zulassen und abschließend bei aller Solidarität, die wir mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Einwohnerinnen und Einwohnern und dem Staat der Ukraine sehen, den hier lebenden Russinnen und Russen die Hand ausstrecken und sagen: „Ihr seid nicht Putin!“ Sie sind Leipzigerinnen und Leipziger, auch ihnen gilt unsere Solidarität.

**Zur Unterstützung der Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen mussten, hat unsere Fraktion 1000 Euro an den Verein Humanitäre Hilfe Ukraine e.V. gespendet.**





# ES BRAUCHT VALIDE FAKTEN

## FÜR SACHGERECHTE POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN

Seit 2004 gibt die Stadt Leipzig auf Antrag der damaligen PDS-Stadtratsfraktion jährlich einen Sozialreport heraus. Im vergangenen Jahr erschien die nunmehr 16. Ausgabe. Mit dem Sozialreport 2021 im Umfang von 178 Seiten wurde ein wichtiger Schritt hin zum integrierten kooperativen Sozialbericht – wie unsere Fraktion ihn 2020 beantragt hatte – gegangen. Erstmals gibt es in jedem der insgesamt 11 Kapitel das von uns seinerzeit geforderte Teilkapitel „Zentrale Entwicklungen und Herausforderungen“, deren Qualität allerdings recht unterschiedlich ausgefallen ist.

Zudem wurde in diesem Jahr die geschlechterdifferenzierte Berichterstattung erweitert und ein Teilkapitel zum geschützten Wohnen für Opfer häuslicher Gewalt aufgenommen. Ein zusätzliches Kapitel beschäftigt sich ausführlich mit der Covid-19-Pandemie in Leipzig und den Gegenmaßnahmen der Stadtverwaltung. Dieser Abschnitt bietet viel Neues, wie z.B. die Grafiken zur Übersterblichkeit, die unsere Fraktion zu einem Antrag für die Ausarbeitung eines Leipziger Hitzeaktionsplans bis zum II. Quartal 2023 angeregt hat.

Der Blick in den Sozialreport 2021 zeigt, wie eng Licht und Schatten weiterhin in Leipzig beieinanderliegen. Zu letzterem zählen mehr Sterbefälle als Geburten, eine leicht ansteigende Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger sozialer



Dr. Volker Külöw

Mindestsicherung oder gestiegene Arbeitslosigkeit. Bei einigen positiven Feststellungen der Verwaltung sind wiederum Zweifel angebracht, wie z.B. an der These, dass sich die Einkommensunterschiede zwischen den einkommensschwächsten und einkommensstärksten 20 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2020 leicht verringert haben. Als statistischen Beleg stützt sich die Verwaltung nur auf die Zahlen der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 (KBU). Wir glauben hingegen, dass mit 3.258 Rückläufen die Datenbasis zu wenig aussagekräftig ist, um plausible Feststellungen zu Erwerbsstatus, Einkommensquellen, Einkommenshöhen einzelner Personen und Haushalte zu treffen. Zur Qualifizierung des Sozialreports haben wir daher beantragt, dass künftig nicht nur die Ergebnisse der KBU, sondern nach Möglichkeit auch die Datensätze der Bundesagentur für Arbeit, des Job-

centers und der Deutschen Rentenversicherung einbezogen werden. Auch die Referenzbeziehungen des Sozialreports mit der KBU, dem Statistischen Jahrbuch sowie anderen kommunalen Veröffentlichungen sollen verbessert werden.

Sowohl die Verwaltung als auch der Stadtrat sind für sachgerechte politische Entscheidungen auf valide Fakten angewiesen. Zur Nachvollziehbarkeit von Daten zur demografischen, wirtschaftlichen und sozioökonomischen Entwicklung bedarf es in den veröffentlichten Statistiken der Ämter vergleichbare Datengrundlagen, Begrifflichkeiten, Definitionsbereiche und Darstellungsausschnitte. Wer den Sozialreport und die KBU in Zukunft zu Rate zieht, darf nicht an unterschiedlichen Einkommensbegriffen, Alterseinteilungen und Zeitreihen scheitern.

## #KEINEMEHR GEDENKEN AN DIE OPFER VON FEMIZI- DEN IN LEIPZIG



Die Gedenkstele, die am 8. März im Schillerpark enthüllt wurde.

## SOZIALARBEIT IN DER KITA SICHERN UND AUSBAUEN!

Während Schulsozialarbeit allgemein bekannt ist, ist die Kita-Sozialarbeit ein recht neues Feld. Doch die positiven Effekte von sozialer Arbeit, die in der Schule wirken, können sich selbstverständlich auch schon in der Kita entfalten. Teilweise sogar besser, schließlich knüpft man früher mit Hilfen an. Besonders Kinder aus armen Familien und mit Migrationshintergrund können von einem/einer Sozialarbeiter:in besonders profitieren. In Leipzig gibt es aktuell an 14 Kitas Sozialarbeit, die durch die Förderung der Europäischen Union (Europäi-

Seit 2011 sind mindestens zwölf Leipzigerinnen Opfer von Femiziden geworden. Maria D. (2016 in Lindenau), Sophia L. (2018, auf dem Weg nach Spanien) und Myriam Z. (2020 im Auwald) wurden getötet – weil sie Frauen waren. Und das heißt Femizid.

Mandy Gerth und Beate Ehms haben eine Initiative der Gruppe #Keine-Mehr-Leipzig und der Aktivistin-Autorin Koschka Linkerhand aufgegriffen und einen Antrag eingereicht: Es soll einen Gedenkort für die ermordeten Frauen geben. Das kann eine Stele oder eine Gedenktafel sein. Gegen die langjährige verharmlosende Beschreibung von Morden an Frauen als z. B. „Eifersuchtsdrama“ oder „Familientragödie“ regt sich seit vielen Jahren Widerstand. Es heißt Femizid. Denn es handelt sich um Verbrechen an Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Es beginnt mit Herabwürdigung, sexueller Belästigung, Stalking und häuslicher Gewalt. Es endet mit Vergewaltigung und Mord. Die Täter sind fast immer Männer, in den meisten Fällen der eigene Partner oder Ex-Partner. Frauen werden ermordet, weil sie den



Mandy Gerth & Beate Ehms

geschlechtsspezifischen Erwartungen der Täter nicht entsprechen, etwa indem sie eigenständige Entscheidungen treffen. Das kann das Verlassen des Partners oder das Verweigern von Zuneigung sein. Kennzeichnend für Femizide ist auch die mitunter milde Bestrafung der Täter bzw. juristisches „Verschleppen“ von Anzeigen oder Prozessen.

Wir können uns gut vorstellen, dass eine Art Stele, wie die Gedenkstele, die am 8. März im Schillerpark mit vielen Menschen enthüllt wurde, im Auwald aufgestellt wird. Auf diese Weise soll zur Prävention, nicht nur von Femiziden selbst, sondern auch von sexualisierter und häuslicher Gewalt beigetragen werden. Damit keine mehr Opfer wird.

scher Sozialfonds) finanziert werden. Dabei werden insbesondere Kitas in sogenannten Schwerpunktgebieten, in denen besonders viele Kinder arm sind, gefördert. Für die ESF-Förderung beginnt jedoch dieses Jahr eine neue Periode. Das bedeutet, dass die bisherige Förderung endet und sich die Kitas unter veränderten Bedingungen erneut bewerben müssen. Selbst wenn die Förderung fortgesetzt werden kann, geschieht dies nicht nahtlos. Das bedeutet also in jedem Fall ein (kurzzeitiges) Ende der Arbeit, Unsicherheit und im Zweifelsfall den Verlust einer wichtigen Bezugsperson für eine Vielzahl von Kindern. Aus diesem Grund müssen die Stellen dringend in die Regelfinanzierung überführt werden. Im Haushalt 2021/22

konnten wir bereits vier neue Stellen für die Schulsozialarbeit und zwei neue Stellen für die Kita-Sozialarbeit erreichen – langfristig und sicher aus dem städtischen Haushalt finanziert. Es ist aber klar: flächendeckende Sozialarbeit kann die Stadt nicht allein finanzieren, es braucht eine (Co-)Finanzierung durch das Land Sachsen. Deshalb setzen sich sowohl die Stadtratsfraktion als auch unsere Landtagsfraktion für eine verstärkte Finanzierung von Schul- und Kita-Sozialarbeit ein. Denn sie ist erwiesenermaßen ein wichtiger Baustein, um Bildungserfolg für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen.



William Rambow



## KONZENTRATION AUF GESCHOSSWOHNUNGSBAU

# MORATORIUM NEUER EINFAMILIENHAUSSIEDLUNGEN!

In den letzten Jahren erlebte die Stadt einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. Als Folge dessen sind tausende neue Leipziger:innen zugezogen. Für diese müssen ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen.

Die Leerstandsreserve der 90er und 2000er aber ist aufgebraucht. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum trifft nun vor allem alleinstehende Rentner:innen, Geringverdiener:innen, Alleinstehende mit Kindern, junge Familien und natürlich Haushalte in Transferbezug. In Kombination mit den explodierenden Energiekosten wird die Wohnungs- zu einer sozialen Frage für niedrige und mittlere Haushaltseinkommen. Damit



Mathias Weber

der Druck auf die einkommensschwachen Haushalte nicht noch größer wird, muss alle Kraft in den Bau von Mehrfamilienhäusern gesteckt werden. Wir fordern deshalb in einem Antrag ein Moratorium bis 2027 für neue Einfamilienhaus-siedlungen die nur durch die Aufstellung neuer Bebauungspläne errichtet werden können. Die Kosten für die öffentliche Erschließung von Einfamilienhaus-

siedlungen wie Wasser, Abwasser, Strom, Datenleitungen, ÖPNV, Kitas und Schulen fallen wesentlich höher aus als bei flächengleichen Mehrfamilienhaus-quartieren. Bauleitver-

fahrensprozesse sind grundsätzlich langwierig, sehr arbeits- und kostenintensiv. Der Flächenverbrauch pro Einwohner:in bei Einfamilienhäusern fällt deutlich höher aus. Aber genau diese freien Flächen werden rar in der Stadt. Die städtischen Ressourcen sollten deshalb dafür genutzt werden, quantitativen und qualitativen Wohnraum zu schaffen.

Nach oben bauen statt in die Breite. Die Stadt soll auf mehrgeschossigen Wohnungsbau setzen.



## FACHKRÄFTE-MANGEL - SO KANN ER BEHOBEN WERDEN!

Nach Vorausschätzungen soll die Bevölkerung bis 2030 um 3,9 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter sinken. Schon heute können in bestimmten Regionen und Branchen, wie im Gesundheitswesen, in der Pädagogik, Informatik oder im Handwerk, offene Stellen nicht mit geeigneten Fachkräften besetzt werden. Wir sehen die Stellschraube, um Personal zu finden, zu binden und weiter zu qualifizieren, in folgenden Punkten:

- *Qualitativer Schulunterricht. Es braucht Sonderprogramme für*

*die Ausbildung von Lehrkräften und Erzieher:innen.*

- *Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um auch Frauen mit kleinen Kindern im Arbeitsprozess zu halten.*
- *Tarifbindung der Unternehmen mit attraktiven Arbeitsbedingungen, statt hoch qualifizierte Beschäftigte aus der Dritten Welt zu holen, um damit das Entgeltniveau zu drücken.*
- *Abschaffung sachgrundloser Befristungen.*
- *Ausbildungsoffensive, denn bundesweit bilden 80 % der Betriebe keine Lehrlinge aus.*



Marianne Küng-Vildebrand

Neben dem Fachkräftemangel sollte auch dringend dem gravierenden Arbeitsplatzmangel mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden. Im Dezember 2021 standen den über drei Millionen Arbeitslosen lediglich rund 794.000 gemeldete offene Stellen gegenüber.

Unsere Fraktion hat schon im September 2021 einen Antrag zur Evaluierung der Fachkräfteallianz Leipzig im Stadtrat beschließen lassen, wir sind auf die Ergebnisse im 3. Quartal 2022 gespannt. Leipzig muss seine Strategie aktualisieren und einer Prüfung unterziehen, um sich auf die zukünftigen Anforderungen adäquat vorzubereiten.



Steffen Wehmann

## PANDEMIEFOLGEN DÄMPFEN, STADTRATS-RECHTE STÄRKEN!

Leipzig ist bisher finanziell besser durch die Corona-Krise gekommen als ursprünglich erwartet. Beispielsweise durch Nettosteuererhöhungen in Höhe von mehr als 130 Millionen Euro kann das prognostizierte Haushaltsdefizit spürbar gesenkt werden. Diesen erweiterten Spielraum nutzen die vier Stadträte S. Wehmann, M. Biederstedt, S. Morlok und C. Schulze aus den Fraktionen DIE LINKE, Grüne, Freie Bürger und SPD zu einem gemeinsamen Vorstoß im Stadtrat. Mit den vorgeschlagenen Mehraufwendungen in sechs Bereichen wollen die Antragsteller einerseits die Auswirkungen der Corona-Pandemie dämpfen und die Stadt als Ganzes stärken. Andererseits soll mit Augenmaß auch die Kompetenz und Mitbestimmung des Stadtrates im zweiten Jahr des Doppelhaushaltes gestärkt werden. Konkret sorgt diese Initiative dafür, dass in diesem Jahr mehr als 1,2 Millionen Euro zusätzliche Mittel gezielt in

mehrere Projekte in die Bereiche Kultur, Personal, Soziales, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft fließen werden. Im Einzelnen geht es um mehr Geld für die folgenden Vorhaben:

### I. Die Stärkung der der eCulture-Strategie der Stadt Leipzig nach Corona.

Für die Entwicklung eines Maßnahmenplans, der den durch die Pandemie bedingten digitalen neuen Herausforderungen städtischer und freier Kulturakteure begegnet, stehen 250.000 Euro zur Verfügung.

### II. Personalgewinnung für Fachkräfte und Spezialisten forcieren.

Insgesamt um 225.000 Euro wird das Budget für Personalmarketingmaßnahmen aufgestockt. Ziel ist es, neue Wege bei der Personalgewinnung zu gehen, um dringend benötigte Fachkräfte, u. a. im Bau- und Verkehrsbe- reich, zu gewinnen.

### III. Fachkräfteoffensive „Soziale Berufe“.

In die auf Antrag der Fraktion DIE LINKE bereits 2020 beschlossene Kam- pagne zur Gewinnung von Fachkräf- ten in sozialen Berufen fließen 2022 zusätzlich 75.000 Euro. Diese soll schwerpunktartig auf die Fachkräfte- gewinnung im Bereich Hilfen zur Er- ziehung (HzE) im Zusammenwirken mit den zuständigen Eigenbetrie- ben und den Freien Trägern abzielen.

### IV. Bedarfsgerechtes Nieder- schlagsmanagement auf kommun- alen Sportflächen verbessern.

Vor dem Hintergrund einer nachhal- tigen und ökologischen Standort- entwicklung werden dem Amt für Sport zusätzlich 140.000 Euro zur Ver- fügung gestellt, um speziell für die verpachteten Sportanlagen im Stadt- gebiet einen bedarfsgerechten Hand- lungsleitfaden für eine nachhaltige Niederschlagsbewirtschaftung zu er- stellen.

### V. Europäische Mobilitätswoche in Leipzig für 2022 sichern.

Für die erfolgreiche Durchführung der Europäischen Mobilitätswoche 2022 in Leipzig werden analog wie im Vorjahr 150.000 Euro bereitgestellt.

### VI. Wirtschaftsförderung stärken.

Insgesamt 400.000 Euro mehr wer- den dafür in diesem Jahr zur Verfüg- ung gestellt, um den Wirtschaftsstandort Leipzig zu stärken. So wird zur Um- setzung der Clusterförderstrategie das Budget der Wirtschaftsförderung um 100.000 Euro aufgestockt. Wei- tere 150.000 Euro fließen in diesen Bereich, um zusätzlich mindestens 15 Startups eine Teilnahme an den Leipziger Accelerator Programmen zu fördern. In die Digitalisierung des Mittelstandförderprogramms fließen ebenfalls zusätzlich 150.000 Euro.



# EXPLO- DIERENDE ENERGIE- PREISE

## UND HÖCHSTE INFLATIONSRATE SEIT JAHRZEHNTE

Mit unserem Antrag „Maßnahmen gegen Energiearmut in Leipzig“ ringt die Stadtratsfraktion der LINKEN um kommunale Lösungen für einige der im Folgenden benannten Probleme. Der Standpunkt der Verwaltung fällt in den meisten Punkten ablehnend aus, weil unsere vorgeschlagenen Beschlusspunkte angeblich „bereits Verwaltungshandeln sind“. Immerhin in einer wesentlichen Forderung folgt uns das Rathaus: „Der Oberbürgermeister setzt sich gegenüber der Bundesregierung für eine Anhebung der Regelleistung für Leistungsbe-rechtigte nach dem SGB II und SGB XII ein, um den gestiegenen Energiepreisen Rechnung zu tragen.“

Die explodierenden Energiepreise und die höchste Inflationsrate seit Jahrzehnten bedeuten für Millionen Menschen in der Bundesrepublik die härteste soziale Belastung seit Einführung von Hartz IV. Die nächsten Heiz- und Energiekostenabrechnung droht viele Menschen in existenzielle Not zu stürzen. Besonders hart sind Bürgerinnen und Bürger mit mittlerem und niedrigem Einkommen betroffen. Aber auch Handwerksbetriebe und kleine und mittlere sowie kommunale Unternehmen treffen die Preisanstiege schmerzlich.

Im Leipziger Süden sind die Bauarbeiten am neuen Gaskraftwerk in vollem Gange. Die Anlage soll Leipzig unabhängig machen von der Fernwärme aus dem Braunkohlekraftwerk Lippendorf.



Dr. Volker Külöw

Natürlich ist der Ukraine-Krieg ein gravierender Grund für diese fatale Entwicklung, doch der enorme Preisanstieg für nahezu alle Energieträger begann bekanntlich bereits im letzten Jahr. Gerade im Krieg schlägt die kapitalistische Verwertungslogik unbarmherzig zu. Längst sind die Preise an den Börsen wieder gefallen, ganz im Gegensatz zu den Spritpreisen. Während Millionen sich existenzielle Sorgen machen, ob sie demnächst in einer kalten Wohnung sitzen, streichen die Mineralölfirmen Zusatzgewinne ein.

Die zögerliche Gegensteuerung der Regierung reicht nicht aus. Der einmalige Heizkostenzuschuss und das angebliche Entlastungspaket sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Kostenexplosion bei Strom, Sprit und anderen Energieträgern lässt sich nicht mit einer Einmalzahlung von 100 bis 300 Euro pro Person ausgleichen. Die soziale Schieflage wird dadurch verstärkt, dass Rentnerinnen und Rentner gar nicht berücksichtigt werden.

Die Maßnahmen der Ampel-Koalition sind ein sozialpolitisches Armutszeugnis. Es fehlen wirksame Steuerentlastungen, die die Mehrkosten



real ausgleichen. Wir kämpfen für eine soziale Energiewende u. a. mit folgenden Maßnahmen:

- Absenkung der Mehrwertsteuer
- Sozial gestaffeltes Energiegeld
- Sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate
- Verbot von Strom- und Gassperren
- Kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle

Ein sozialgerechter Klimawandel bedeutet, sofortige Kompensationsmaßnahmen dort zu beginnen, wo Menschen mit niedrigem bis gar keinem Einkommen sozialen Härten besonders ausgesetzt sind. Energieberatungen oder weitere Sparmaßnahmen, wie beispielsweise von B90/Die Grünen gefordert, individualisieren und verschieben Verantwortlichkeiten. Was die betroffenen Menschen brauchen, sind Entlastungen in der Geldbörse und nicht ein paar weitere warme Socken, um den nächsten Winter besser zu überstehen.

## DIE BELASTUNG NIEDRIGER UND MITTLERER EIN- KOMMEN IST KEIN KLIMASCHUTZ, SONDERN MAXI- MAL UNGERECHT

Im Dezember 2021 mussten Menschen für Energie durchschnittlich 18 Prozent mehr zahlen. Strom hat sich innerhalb der letzten vier Jahre um sage und schreibe 38,4 Prozent verteuert. Eine vierköpfige Familie in Zwickau, die zuletzt Kunde eines günstigen Stromanbieters war und nun als Neukunde bei den Stadtwerken eingestuft wird, zahlt zunächst rund 280 Euro mehr für Gas und ca. 170 Euro mehr für Strom im Monat. Das rechnet die Verbraucherzentrale vor.

Klar – Leipzig ist nicht Zwickau und eine Beispielrechnung ist kein realer Fall. Dass solche Kostensteigerungen

jedoch keineswegs Fiktion sind, zeigt ein uns vorliegender Fall aus Leipzig, in dem einer Zweier-WG der monatliche Abschlag für Gas von 100 Euro auf 256 Euro erhöht wurde.

Die massiven Preissteigerungen gehen auf eine Krise der fossilen Energieträger zurück. Treibende Kraft hinter den gestiegenen Energiekosten ist in erster Linie der Gaspreis:

Während sich die Weltwirtschaft nach der letzten Corona-Welle schnell wieder erholte und die Nachfrage nach Strom und vor allem Gas zunahm, konnten die Liefermengen nicht Schritt halten. Die Folge war eine massive Verteuerung des Erdgases. In den Haushalten ist Erdgas mit einem derzeitigen Anteil von etwa 44 Prozent wichtigster Energieträger für die Wärmeversorgung. Gerade mal 14 Prozent der Wärme stammt aus erneuerbaren Energien. Das macht Heizen nun zum Luxus.

Dass auch die Strompreise so dramatisch durch die Decke gegangen sind,

liegt an der Funktionsweise des Energiemarktes. Dort bestimmt die letzte gekaufte Kilowattstunde den Preis jeder verkauften Kilowattstunde. Da der in den Gaskraftwerken erzeugte Strom in der Regel preisbestimmend an den Strombörsen ist, explodierten die Strompreise.

Als die Gaspreise gestiegen sind, gingen zahlreiche Billig-Anbieter pleite. Die Leipziger Stadtwerke mussten deswegen 10.000 neue Kund:innen versorgen und die zusätzlich benötigte Energie teuer einkaufen. Das wird in unserer Stadt auch zu einem Preisanstieg ab 2023 für alle Kund:innen bei den Stadtwerken führen, wie eine Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktion ergab. Kurzum: Hätte die vorherige Bundesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben, anstatt den Kohle- und Atomkonzernen Milliardenentschädigungen zu schenken, müssten die Menschen heute nicht die Quittung zahlen.

Aber auch die Ampelregierung hat kein Auge für die soziale Dimension der Energiewende: Gerade einmal 190 Millionen Euro hat sie für die Abfederung der gestiegenen Energiekosten lockergemacht. Zum Vergleich: Frankreich bringt etwa acht Milliarden Euro für die Deckelung der Preise, Energieschecks und einen Inflationsausgleich auf. Spanien will hingegen die ungerechtfertigten Gewinne der Energiekonzerne umverteilen.

Wenn Land und Bund nicht willens sind, einzuschreiten, muss die Stadt zusätzliche kommunale Lösungen finden. Wir haben deshalb einen Antrag zur Erarbeitung für Maßnahmen gegen Energiearmut in Leipzig gestellt. So fordern wir beispielsweise einen unbürokratischen Energiekostenzuschuss sowie einen Sozialtarif bei den Stadtwerken für Inhaber:innen des Leipzig-Passes.

Michael Neuhaus



# ATTRAKTIVER STADTTEIL DANK INSEK MOCKAU

Von den Anfängen über die Herausforderungen bis zur Ratifizierung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) Mockau sind zahlreiche Sitzungen und Gespräche erforderlich gewesen. Durch das regelmäßige Treffen im Rahmen des Netzwerkes der Intigra-Gruppe war es möglich, viele wichtige Impulse aufzunehmen und zu verarbeiten.

Das jetzige INSEK Mockau gibt einen guten Anhaltspunkt für Verbesserungen, die hoffentlich in den nächsten Jahren umgesetzt werden, um diesen Stadtteil noch attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Ob Infrastruktur, der ÖPNV, die Migration, das Kulturangebot oder auch der altersgerechte Umbau von Wohnungen oder die Belange der Vereine, Gruppen, Händler

oder einzelnen Bewohner – alles wurde abgewogen und miteingebracht.

Eine Herzensangelegenheit von mir persönlich ist, dass der alte Mockauer Friedhof zu einem Ort der Begegnung wird. Ein Park für alle, die Erholung, etwas Ruhe und Natur benötigen und suchen. Zum Glück ist der Bau-Boom in Nordosten noch nicht so stark vorangeschritten wie in den anderen Stadtbezirken. Ich bin sehr froh darüber, dass wir in Mockau so viele natürliche Rückzugsräume haben. Ob den Gyps-Berg, die Parthenaue oder die unzähligen Kleingärten. In einem der letzten Gespräche mit der Linksfraktion konnten wir noch einige Dinge miteinbringen, um weitere Verbesserungen zu bewirken. Ich hoffe auf ein gutes Gelingen.

Um sich selbst ein Bild von der Entwicklung des Stadtteils zu machen, lade ich Sie recht herzlich ein, beim „Bunten Mockauer Sommer“ vorbeizukommen.



Boris Eggers, Mitglied des Stadtbezirksbeirats Nordost

## STADTBEZIRKSBUDET – EIN WICHTIGER SCHRITT ZUM BÜRGERHAUSHALT



Lothar Tippach, Fraktionsvorsitzender von 1990-2006

Es war ein langer Weg. Die Linksfraktion hatte als erste Fraktion bereits 2005 die Einführung eines Bürgerhaushalts beantragt. Im Jahre 2021 wurde mit Einführung des Stadtbezirksbudgets ein erster wichtiger Schritt gegangen. Seit dem 1. Januar 2021 verfügen die Stadtbezirksbei-

räte über ein jährliches Budget von 50.000 Euro. Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen und andere können Vorschläge oder eigene Projekte beantragen. Voraussetzung ist, dass eine nachhaltige Entwicklung unterstützt und der Zusammenhalt im Stadtbezirk gefördert wird. Über die Umsetzung entscheidet final der Stadtbezirksbeirat. Von Vorteil ist, dass es sich um niedrigschwellige Förderangebote handelt. 283 Vorschläge und Projektanträge sind insgesamt in 2021 eingegangen. Das verabschiedete finanzielle Volumen betrug rund 373.000 Euro über die gesamte Stadt. Im Stadtbezirksbeirat Ost wurden 21 Vorschläge (z. B. Parkbänke, Radbügel, eine Blühwiese) und Projektanträge (z. B. Stadt-

teilblatt, Quartierbus, Förderung von Kultur- und Sportveranstaltungen) mit einem Gesamtumfang von rund 50.000 Euro beschlossen. Sowohl für die Stadtbezirksbeiräte als auch für die Verwaltung war es eine Herausforderung. Grundsätzlich müssen nach dem Haushaltsrecht alle Projekte im laufenden Haushaltsjahr umgesetzt werden. Deshalb wurde vor allem auf politischen Druck von unseren Mitgliedern im Finanzausschuss und Stadtbezirksbeiräten neuregelt, dass künftig die Budgetmittel für Maßnahmen aus Vorschlägen, die nicht im laufenden Haushaltsjahr umgesetzt werden können, in das Folgejahr übertragen werden. Gern resümieren wir, dass das Stadtbezirksbudget ein wichtiger Baustein zur Stärkung der lokalen Demokratie ist. Klar ist aber auch, dass es noch weiterer Schritte zu einem wirkungsvollen Bürgerhaushalt bedarf.



# WÜRDIGE GRABANLAGE FÜR OPFER DES KAPP-PUTSCHES

Anlässlich des 100. Jahrestages der erfolgreichen Niederschlagung des Kapp-Putschs beschloss der Leipziger Stadtrat am 7. Juni 2020 auf An-

trag der Linksfraktion das würdige Gedenken an die damaligen Opfer der Leipziger Arbeiterbewegung. Die Grabanlage wurde am 19. März 1922 in Anwesenheit von 80.000 Menschen auf dem Südfriedhof eingeweiht. Bis zum 100. Jahrestag dieses Ereignisses sollten die beiden noch bestehenden Gedenkorte (der zweite ist ein Gedenkstein auf dem Friedhof Leutzsch) wieder in einen angemessenen Zustand versetzt werden. Zur Erinnerung: Am 13. März 1920 un-



ternahmen konterrevolutionäre Kräfte unter Führung von General Walter von Lüttwitz und dem Ministerialbeamten

Wolfgang Kapp den Versuch, die Regierung zu stürzen und die im Gefolge der Novemberrevolution entstandene Weimarer Republik zu beseitigen. Den entscheidenden Anteil am Scheitern des militärischen Umsturzversuchs nach wenigen Tagen hatte der größte Generalstreik in der deutschen Geschichte, an dem sich 12 Millionen Menschen beteiligten.

Im Zuge der erfolgreichen Niederschlagung des Kapp-Putschs kam es auch in Leipzig zu schweren Kämpfen, die in der zeitgenössischen Publizistik als „Leipziger Revolutionswoche“ bezeichnet wurden. Bei diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen kamen nach offiziellen Polizeiangaben rund 150 Menschen ums Leben, vornehmlich Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich an Protestaktionen gegen den Putsch aktiv beteiligt und die noch junge Demokratie verteidigt hatten. Die Übergabe der restaurierten und in Teilen neu neugestalteten Gedenkanlage in den Bestand der Kommunalen Friedhöfe der Stadt Leipzig erfolgte

am 19. März 2022 und damit exakt 100 Jahre nach ihrer Einweihung. Mit großem Fleiß und Herzblut haben Mitglieder der Paul-Benndorf-Gesellschaft in hunderten Arbeitsstunden der Grabanlage in der XIX. Abteilung des Südfriedhofs ihr jetziges Erscheinungsbild gegeben und dabei vorbildliche Restaurierungsarbeit geleistet. Die Federführung dieses Projektes lag in den bewährten Händen von Heinz-Joachim Halbach, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Paul-Benndorf-Gesellschaft, der auch die historischen Hintergründe dieser Grabanlage sorgfältig und umfassend aufgearbeitet und dabei den weiten Geist dieses Ortes erfasst hat.

Bei herrlichem Sonnenschein spielten am 19. März 2022 Musiker des Leipziger Kammerorchesters musica viva eingangs das Stück „Ich warte dein“ - unter diesen Klängen senkte man einst die Särge der 38 hier bestatteten Opfer ins Grab. Nach der Begrüßung der etwa neunzig anwesenden Teilnehmer durch Alfred E. Otto Paul, Vorsitzender der Paul-Benndorf-Gesellschaft, dankte Leipzigs Bürgermeister Heiko Rosenthal (DIE LINKE) herzlich für das große ehrenamtliche Engagement und würdigte zugleich



das gute Miteinander zwischen der Verwaltung des Südfriedhofes und der Paul-Benndorf-Gesellschaft. Nach einer berührenden Rede von LINKE-Stadtrat Marco Götzte wurde eine von der Friedhofsverwaltung gestiftete Informationstafel zur Geschichte der Gedenkanlage enthüllt.

Autor „Dr. Volker Külöw“



# GEWINN FÜR LEIPZIGER STADTGESELLSCHAFT!

Die Auslastung der preisgünstigsten 40 Plätze im Opernhaus liegt im Vergleich zu anderen Platzgruppen mit 98,8% am höchsten. Das kommt nicht von ungefähr: In Leipzig lag das durchschnittliche persönliche Haushaltsnettoeinkommen in 2020 bei gerade mal 1483 €. Wenn wir nun mit der Oper die Ziele verfolgen, die „Ansprache der Stadtgesellschaft“ zu verstärken und die „Publikumsbindung an die Oper Leipzig“ zu vertiefen, müssen wir die Einkommenssituation in unserer Stadt mit betrachten. Deswegen haben wir in einem Änderungsantrag zur neuen



Entgeltordnung der Oper gefordert, diese Platzgruppe von 40 auf 80 Plätze zu erweitern, um auch Menschen mit geringem Einkommen die Chance zu geben, mit ihrer Familie Vorstellungen zu besuchen. Das sind

wir den Leipzigerinnen und Leipzigern schuldig. Lange standen wir mit unserem Anliegen allein, um so überraschender war es, als unser Antrag mit 30 zu 29 Stimmen im Rat positiv votiert wurde.

## FLAGGE ZEIGEN AM ROMA-DAY!

Am Freitag, dem 8. April, wurde am Neuen Rathaus in Leipzig zum ersten Mal die Roma-Fahne gehisst. Es ist der Internationale Roma-Day, der an die Anfänge der Roma-Bürgerrechtsbewegung mit dem Ersten Welt-Roma-Kongress am 8. April 1971 in London erinnert.

Die Hissung der Fahne geht auf einen gemeinsamen Antrag unserer Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zurück, der am 19.1.2022 im Stadtrat beschlossen wurde.

Mit dem Hissen der Roma-Fahne setzt die Stadt ein deutliches Signal zum Empowerment von Rom\*nja und Sinti\*ze. Die Geschichte Europas größter Minderheit ist die Geschich-

te von Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung, die ihren traurigen Höhepunkt im nationalsozialistischen Genozid fand. Auch hier in Leipzig. Doch es darf nicht bei reiner Symbolik bleiben: Stadt und Zivilgesellschaft müssen sich klar und deutlich für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe und gegen Diskriminierung von Roma stark machen.



## IMPRESSUM

Herausgeber **DIE LINKE.**  
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig  
Geschäftsstelle Neues Rathaus,  
Zimmer 186, 04092 Leipzig  
GF.: Christina Mertha

Telefon (03 41) 123 - 2150  
Fax (03 41) 123-2155  
Mail [linksfraktion@leipzig.de](mailto:linksfraktion@leipzig.de)  
[www.linksfraktion-leipzig.de](http://www.linksfraktion-leipzig.de)

V. i. S. d. P. Sören Pellmann

Redaktionsschluss: 28.03.2022

© Bildnachweis

- S.1 Birthe Kleemann, William Rambow
- S.2-3 Birthe Kleemann, Sören Pellmann
- S.4 Mandy Gehrt
- S.5-9 Birthe Kleemann
- S.11 Heinz-Joachim Halbach
- S.12 Birthe Kleemann
- S. 8 Siegfried Schlegel, Birthe Kleemann